

ANTRAG

des Abgeordneten Holger Arppe, fraktionslos

Aggression der USA zurückweisen - Mecklenburg-Vorpommern für friedliche Koexistenz mit der Russischen Föderation

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern verurteilt auch im Interesse der Sicherheit sowie der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Bundeslandes die Aggressionspolitik der Administration in Washington gegenüber der Russischen Föderation, wie sie jüngst durch wiederholte Verbalinjurien von US-Präsident Joe Biden gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Ausdruck gekommen ist.
2. Auch vor dem Hintergrund des Gaspipeline-Projektes Nord Stream 2 bekennt sich der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einmal mehr zu einer Politik der friedlichen Koexistenz, des gegenseitigen Respekts sowie der kulturellen Annäherung und wirtschaftlichen Kooperation in Bezug auf die weitere Gestaltung des Verhältnisses unseres Bundeslandes zur Russischen Föderation.
3. Ferner zeigt sich der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern besorgt über die Instrumentalisierung der historischen Erfahrungen der baltischen Völker mit der früheren Sowjetunion seitens USA und NATO, um in Estland, Litauen und Lettland irrationale Ängste in Bezug auf Russland schüren und diese für die globalstrategischen Machtinteressen des Westens ausnutzen zu können.

Holger Arppe, MdL

Begründung:

In einem Interview beschimpfte der amtierende US-Präsident Joe Biden das russische Staatsoberhaupt Wladimir Putin als „Killer“. Diese beispiellose Beleidigung - selbst während des Kalten Krieges sah die Administration in Washington von persönlichen Angriffen auf führende Politiker der Sowjetunion ab - ist Ausdruck einer wachsenden Aggressionspolitik der USA gegenüber Russland. Mecklenburg-Vorpommern ist davon in besonderem Maße betroffen, seit die amerikanische Regierung mit allen Mitteln eine Fertigstellung des Projektes Nord Stream 2 zu verhindern trachtet. Derlei gilt es unmissverständlich zurückzuweisen und zu verurteilen. Unser Bundesland ist in höchstem Maße auf ein gedeihliches Nebeneinander aller Völker und Länder in Nord- sowie Osteuropa angewiesen.